

Pohl kanzelt Pschierer ab

CSU und Freie streiten über Härtefallfonds

VON ULI BACHMEIER

München Zwischen den Freien Wählern und der CSU ist in Schwaben ein Streit über den 50 Millionen Euro schweren Härtefallfonds ausgebrochen, der nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Landtag von den Regierungsparteien beschlossen wurde. Ex-Wirtschaftsminister Franz Pschierer (CSU) hatte den Fonds massiv kritisiert. Dafür weist ihn der Kaufbeurer Abgeordnete Bernhard Pohl (Freie Wähler) nun scharf zurecht.

Pschierer sei schon bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein Hardliner gewesen und habe für die Beibehaltung der Abgabe gekämpft. „Dass er aber Beschlüsse der Bayernkoalition als ‚skandalöse Geldgeschenke‘ bezeichnet, geht eindeutig zu weit. Man muss nicht jede Entscheidung von Ministerpräsident Söder und seinem Stellvertreter Aiwanger gut finden, den eigenen Regierungschef zu skandalisieren, das ist aber ein starkes Stück!“, schimpft Pohl. Die von Pschierer aufgemachte Rechnung, 50 Millionen Euro durch 14 500 Fälle zu teilen und dann pro Einzelfall auf 3500 Euro zu kommen, sei geradezu absurd. „Sie zeigt, dass er letztlich keine Ahnung hat“, sagt Pohl. Der Härtefallfonds soll, wie berichtet, Bürger entschädigen, die noch vor der Abschaffung zum 1. Januar 2018 Straßenausbaubeiträge bezahlt haben. Dass daran noch etwas geändert wird, ist unwahrscheinlich. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagt, der Fonds sei Gesetz und werde vollzogen.

Fahrer, Anwonner veranagren die Polizei. (dpa)

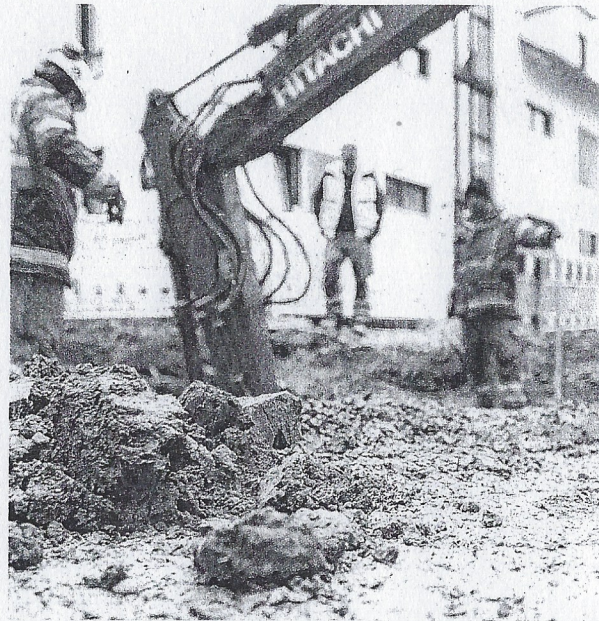
Skandalöse Geldgeschenke?

Landespolitik Kurz vor der Kommunalwahl kocht der Streit um die Straßenausbaubeiträge wieder hoch. Ex-Minister Pschierer kritisiert Härtefallfonds – sehr zum Ärger der Freien Wähler

VON ULI BACHMEIER

München Eigentlich schien der heftige Streit um Straßenausbaubeiträge längst beigelegt. Sie wurden zum 1. Januar 2018 auf Druck der Freien Wähler abgeschafft. Um mögliche unnötige Härten für Hausbesitzer auch rückwirkend abzufedern, wurde danach zusätzlich ein Härtefallausgleich beschlossen. 50 Millionen Euro sind im Topf. Doch dieses Geld, so befürchtet Ex-Wirtschaftsminister Franz Pschierer (CSU), kommt möglicherweise nur zum Teil bei den Bürgern an, die es am nötigsten hätten. Für Wohlhabendere seien die Ausgleichszahlungen dagegen ein „Geldgeschenk“. Das sei „skandalös“.

Für die Freien Wähler war der Kampf gegen die kommunalen Straßenausbaubeiträge ein Paradeprojekt. Schon in ihrer ersten Regierungszeit unter Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) setzten sie gegen vielfältige Widerstände die Abschaffung durch. Seit 1. Januar 2018 müssen Grundstücksbesitzer nichts mehr beisteuern, wenn ihre Kommune die Straße vor ihrer Haustür erneuert oder ausbaut. Doch die Lösung des ersten Problems zog ein zweites Problem nach sich: Die Abschaffung war an den Stichtag gebunden. Anwohner, die von ihrer Stadt oder Gemeinde – mehr oder weniger zufällig – schon vor dem 1. Januar 2018 zur Kasse gebeten worden waren, wären die Dummen gewesen. In den Koalitionsverhandlungen mit der CSU setzten die Freien Wähler deshalb auch noch den Härtefallfonds durch, und zwar für Haus- und Grundstücksbesitzer, die in den Jahren 2014 bis 2017 Beiträge bezahlt hatten.



Der Streit um die Straßenausbaubeiträge geht in die nächste Runde: Jetzt gibt es Ärger um die Verteilung der Gelder aus dem Härtefallfonds. Foto: David Inderlied, dpa

Nach Ansicht des Kaufbeurer CSU-Abgeordneten Franz Pschierer läuft dabei einiges schief. Er rechnet vor, dass bei insgesamt 14 500 Anträgen, die fristgerecht eingegangen sind, im Schnitt pro Antrag „gerade einmal rund 3500 Euro“ zur Verfügung stehen. Gleichzeitig kritisiert er die hohen Einkommensgrenzen für die Anträge: 100 000 Euro brutto pro Jahr für Ledige, 200 000 Euro für Ehepaare. Viele der ausgeschütteten Beiträge, so Pschierer, seien „nichts anderes als ein gern angenommenes Geldgeschenk für diejenigen, die aufgrund ihrer Einkom-

menverhältnisse auf diese Gelder eigentlich gar nicht angewiesen sind“. Ein Ehepaar mit 200 000 Euro Jahreseinkommen noch als „Härtefall“ zu behandeln, „ist schlichtweg skandalös“. So könne man mit dem Geld des Steuerzahlers nicht umgehen, kritisiert Pschierer. Die Regelung setze „eindeutig falsche Anreize“ und habe außerdem zur Folge, „dass für die wirklich bedürftigen Haus- und Grundbesitzer mit geringem Einkommen weniger Mittel aus dem zur Verfügung stehenden Budget in Höhe von 50 Millionen Euro übrig bleiben“.

Bei den Freien Wählern stößt Pschierers öffentliche Kritik auf scharfen Widerspruch. „Das kann ich nur unter dem Gesichtspunkt sehen, dass wir kurz vor der Kommunalwahl stehen“, sagt FW-Fraktionsvize Joachim Hanisch auf Anfrage. Er verweist darauf, dass die Härtefallregelung gemeinsam ausgehandelt und unter Beteiligung von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) bereits vergangenes Jahr beschlossen worden sei. „Es ist nicht so, dass es da eine Kampfabstimmung gegeben hätte.“ Auch dass das Geld möglicherweise nicht ausreiche, um alle zufriedenzustellen, ist laut Hanisch nicht den Freien anzulasten. „Wenn Herr Pschierer sich jetzt aufregt, dann sollte ihm ins Stammbuch geschrieben werden, dass wir mehr als 50 Millionen Euro wollten“, sagt Hanisch.

Pschierer kontert: „Das hat mit der Kommunalwahl überhaupt nix zu tun.“ Er habe schon im Dezember eine Anfrage gestellt, bisher aber keine offizielle Antwort bekommen. Auch der Vize-Chef des Innenausschusses, Manfred Ländner (CSU), lässt keinen Zweifel daran zu, dass die Regelung auf ausdrücklichen Wunsch der Freien Wähler zustande kam. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass ein Härtefallfonds neue Härten produziere. „Hätten wir keinen Fonds, wäre das ganze Thema vermutlich längst erledigt“, sagt Ländner.

Wie das Geld konkret aufgeteilt wird, darüber soll jetzt eine unabhängige Kommission unter Vorsitz des früheren Präsidenten des Obersten Rechnungshofs, Heinz Fischer-Heidelberger, entscheiden.

Lesen Sie dazu auch den Kommentar auf der ersten Bayernseite.

Die Kartei der N

Die Not in einem Schlaganfall

60-jähriger ge
finanzielle Sch

Augsburg Ein Schlaganfall in jungen Jahren hat das Leben von Grund auf verändert. Seitdem ist die große gesundheitliche Belastung, die immer wieder Paralelle zu einer Berufstätigkeit mehr zu denken. Der lebt von staatlicher Unterstützung und Pflegegeld.

Weil Stefan P. auf dem Land lebt, wo es kein Geschäft mehr in der Nähe gibt, muss er einmal die Woche eine größere Menge an Lebensmitteln einkaufen. Für sie braucht er einen Kühl- und Gefrierschrank, das dazu notwendige hat, hat die Kartei der N (jsto)

● **Spenden** Möchten auch aus der Region, schuldet in Not geraten stützen? Das sind die Sparten der Kartei der Not:

● **Kreissparkasse Augsburg**
IBAN: DE54 7205 0101 0000
BIC: BYLADEM1AUG

● **Stadtsparkasse Augsburg**
IBAN: DE97 7205 0000 0000
BIC: AUGSDE77XXX

● **Sparkasse Allgäu**
IBAN: DE33 7335 0000 0000
BIC: BYLADEM1ALG

● **Sparda-Bank Augsburg**
IBAN: DE42 7209 0500 0000
BIC: GENODEF1503